



Per E-Mail

An die
akkreditierten Medien

Zug, 20. September 2017 ek

INFO DES REGIERUNGSRATS

Regierungsrat begrüsst Übereinkommen zur Verhütung des Terrorismus

Der Regierungsrat unterstützt die vom Bundesrat geplante Genehmigung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung des Terrorismus und die dafür notwendigen Änderungen des Strafgesetzbuches und anderer Gesetze. Die Behörden brauchen wirksame Instrumente, um Terrororganisationen in der Schweiz und auch international in Zusammenarbeit mit anderen Staaten bekämpfen zu können. Dies gilt insbesondere für die Anwerbung, Ausbildung und das Reisen für terroristische Zwecke. Der Regierungsrat ist allerdings der Ansicht, dass Jihad-reisende härter bestraft werden sollen als vom Bundesrat vorgesehen. Die Strafandrohung soll von fünf auf zehn Jahre Freiheitsstrafe erhöht werden.